

Der Arbeiter

Er erscheint täglich außer Sonntagen.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition; Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareilzeile
80 Pf., Kleinzeile 6 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postfachkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.
Berlin Nr. 37536. Fernsprecher: Dönhofs 292 bis 297

Nach der großen Entscheidung

Das Ringen in den Ausschüssen — Leipzig billigt das Verhalten der Reichstagsfraktion

Deutschland ist am 18. Oktober durch die Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vor einer Katastrophe bewahrt worden. Kein Mensch vermog zu sagen, wie alles heute schon aussehen würde, wenn diese Entscheidung anders ausgefallen wäre. Auf alle Fälle hätte der sofortige Zusammenbruch der Reichs- und Staatsfinanzen gerade für die arbeitende Bevölkerung die allerschlimmsten wirtschaftlichen Folgen gehabt. Politisch wäre eine weitere Entwicklung in der Richtung zum Faschismus kaum noch aufzuhalten gewesen.

Besteht also für die Anhänger der demokratischen Republik und des sozialen Fortschritts aller Anlaß, mit der Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einverstanden zu sein, so ist es doch weder tattvoll noch richtig, von einem „Sieg der Regierung“ zu sprechen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat von der Kritik, die sie an den Taten dieser Regierung geübt hat, nichts zurückgenommen. Sie steht auch ihrem Programm skeptisch und in wichtigen Punkten ablehnend gegenüber. Es kann also keine Rede davon sein, daß die Regierung für die Politik, die sie bisher betrieb und deren Fortsetzung sie ankündigt, eine Mehrheit gewonnen hätte.

An Stelle der sinnlosen Pauschalauhebung der Rotverordnung, die sie mit Recht abgelehnt hat, erstrebt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Beseitigung einzelner besonders unerträglicher Bestimmungen. Zu diesem Zweck hat sie Ausschußberatung verlangt und durchgeführt. Später wird sie sich bemühen, die angekündigten Regierungsprojekte zur finanziellen und wirtschaftlichen Sanierung im Interesse der Arbeiter umzugestalten. Bei all diesen kommenden Entscheidungen ist die sozialdemokratische Reichstagsfraktion völlig frei. Sie kann sowohl mit den Parteien der Mitte, aber auch mit den beiden extremen Flügeln eine Mehrheit bilden.

Nach den Erfahrungen der ersten Woche wird wohl der Traum von einer parlamentarischen Regierung mit den Nationalsozialisten ausgeträumt sein. In den weitesten Kreisen der Mitte ist man jetzt der Ueberzeugung, daß es geradezu Landesverrat wäre, diese Burken an die Regierung mit heranzulassen. Auch verschiedene Mitglieder der Volkspartei wehren sich energisch gegen den Anschluß an eine „nationale Rechte“, die von Goebbels und Ströher geführt wird. Die Deutschnationalen dagegen haben in der auffälligsten Weise mit den Nazis fraternisiert, wobei Herrn Hergt und seinen näheren Freunden freilich nicht ganz wohl gewesen sein mag.

Wird also in dem neuen Reichstag die Mehrheitsbildung schwierig sein, so gibt es für ihn sogar noch größere Schwierigkeiten in den Voraussetzungen seines Funktionierens. Dank der Weisheit der nationalsozialistischen und kommunistischen Wähler haben wir einen Reichstag bekommen, der einem Dönerstall ähnlicher ist als einer Volksvertretung. Wenn hundertsieben auf der einen Seite, siebenundsiebzig auf der anderen das Wettbrüllen als neuen Sport einführen und den Reichstag zu ihrem Sportplatz machen, so wird jede ernste Arbeit unmöglich sein.

Darum war es vollkommen richtig, zunächst einmal das Plenum zu vertagen und den Versuch zu machen, ob im neuen Hause wenigstens noch Ausschußberatungen möglich sind. Die Radouburden haben freilich noch nicht genug. Sie möchten, wie die Hugenberg-Presse ankündigt, eine vorzeitige Wiederberufung des Plenums erzwingen. Selbst wenn ihnen das gelänge, so bliebe es an der Mehrheit, sofort wieder Vertagung eintreten zu lassen, und so wäre die Welt nur um ein kurzes Spektakelstück reicher.

Alles in allem: die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat das Vernünftigste getan, was sie unter den gegebenen Umständen tun konnte. Jetzt steht sie im Kampf und erwartet von den Parteigenossen Unterstützung!

Streifflage unverändert „Notstands-“ und Streikarbeiten werden verhindert

Die Situation im Streik der Berliner Metallarbeiter hat sich nicht verändert. Auch zu Beginn der neuen Woche ist in keinem der betroffenen Betriebe die Front der Streikenden abgebrochen. Die Betriebe liegen nach wie vor verwaist da. Das monotone Bild der Straßen vor den Betrieben wird lediglich belebt durch die patrouillierenden Streikposten.

Bei der Zentralstreikleitung häufen sich die Anträge von Betriebsleitungen, diese oder jene Arbeiten als Notstandsarbeiten freizugeben. Vielen Anträgen sieht man auf den ersten Blick an, daß sie auf Unkenntnis der Betriebsverhältnisse bei der Zentralstreikleitung spekulieren. Die Zentralstreikleitung sieht allen diesen Anträgen sehr skeptisch gegenüber.

Jeder Antrag wird von ihr durch Rücksprache mit den Gewerkschaftsfunktionären der antragstellenden Betriebe und anderen Stellen geprüft. Die meisten Anträge auf Verrichtung von Notstandsarbeiten werden von der Zentralstreikleitung abgelehnt. Nur in ganz wenigen Fällen, wo ganz klar ersichtlich ist, daß sich die Ablehnung der Anträge zum Schaden der Gesamtbelegschaft nach dem Streik auswirken würde, werden Streikende für Notstandsarbeiten freigegeben.

Die Versuche einzelner, meist kleiner Firmen, ihre durch den Streik liegengelassenen Arbeiten in Betrieben fertigstellen zu lassen, die dem Verband Berliner Metallindustrieller nicht angeschlossen sind, sind bisher vollständig unterbunden worden. Die Firma Lindström glaubt durch eine Täuschung der Defizientlichkeit und der Behörden auf Umwegen ihre Schall-

plattenproduktion wieder aufnehmen zu können. Bei den Arbeitsnachweisen in Rowames und Potsdam wurden Ende voriger Woche Schallplattenpreßer angefordert für die Homocord in Weißensee.

Die Firma Homocord ist ein sogenannter Spitzenbetrieb von Lindström, der nur bei Hochkonjunktur eröffnet und beim Nachlassen der Konjunktur sofort wieder geschlossen wird.

Bei Stilllegungsverhandlungen wurde den Gewerkschaftsvertretern immer erklärt, daß es sich bei der Firma Homocord lediglich um eine Tochtergesellschaft und einen sogenannten Spitzenbetrieb der Firma Lindström handele. Jetzt versucht die Firma Lindström den Anschein zu erwecken, als ob in Weißensee unter dem Namen Homocord, nach anderen Mittellagen auch unter dem Namen Rigröll, ein völlig neuer Schallplattenbetrieb eröffnet werden soll. Arbeitsangebote nach der Firma Homocord oder Rigröll sind also mit Vorsicht aufzunehmen.

Die RGD, die bei diesem Streik neben politischen, anscheinend auch finanzielle Geschäfte machen will, schickt bereits ihre Helfer mit Waptskörben zu den Geschäftsleuten, die unter Mißbrauch des Namens des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Lebensmittel für die Streikenden einsammeln wollen. Vor diesen Schwindlern wird ebenso gewarnt, wie vor denen, die auf Sammellisten, die zum Teil mit dem gefälschten Stempel des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes versehen sind, in verschiedenen Stadtteilen von Haus zu Haus gehen.

Der Metallarbeiter-Verband hat keine Sammellisten herausgegeben und denkt auch nicht daran, Sammellisten in Umlauf zu setzen.

Deutschland erwache!



Und es schnelle auf diesen Ruf der längst verstorbenen Kammerherrn v. Didenburg-Januschau aus seiner Mollentiste

Die Partei ist kampfbereit.

Für Erhaltung der Demokratie — gegen den Faschismus

Leipzig, 20. Oktober. (Eigenbericht.)
Am Sonntag fand im großen Volkshausaal die Generalversammlung des Unterbezirks Ost-Leipzig statt, an der rund 680 Delegierte teilnahmen. Nach einem politischen Bericht des Vorsitzenden, Genossen Liebmann, hielt Genosse Dittmann-Berlin ein mit lebhaftem Beifall aufgenommenes Referat über die politische Lage. In einer längeren Debatte wurde folgende Resolution gegen wenige Stimmen angenommen:
„Die Verhandlungen des Reichstages haben der wertvollen Bevölkerung die große Gefahr des Faschismus aufgezeigt, der im Zusammenpiel mit den Kommunisten zu einer Katastrophe für Deutschland führen kann. Daraus erwächst für die Sozialdemokratie die zwingende Pflicht, für die Erhaltung der Demokratie mit aller Energie einzutreten. Die Versammlung nimmt Kenntnis von den Beschlüssen und der Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und billigt ihren Kampf um die Erhaltung der Demokratie zur Erhaltung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Er-

Brandkatastrophe in Kanton.

650 Menschen in den Flammen umgekommen.

New York, 20. Oktober.
Nach einer Meldung aus Kanton sind bei einer Feuerbrunst, die das Viertel der Cafés und Gastwirtschaften von Wutschay verwüstete, 650 Menschen in den Flammen umgekommen.

